

WIRTSCHAFT UND WAHLEN – WARUM EINE KRISE REIFEN MUSS

Die Eurozone ist in einer Schuldenkrise. Zwar wird viel von einer Euro-Krise gesprochen, als ob die Währung als solche für die gegenwärtige Malaise in der EU verantwortlich wäre. In Wirklichkeit haben sich aber verschiedene Staaten nicht an die alte Haushaltsweisheit gehalten, dass man auf lange Sicht nur so viel ausgeben sollte, wie man auch einnimmt.

Im Lichte dieser Krise und im Wissen darum, dass der Staatsbankrott drohen kann, haben nun verschiedenste Regierungen und Regierungsparteien ein Sparprogramm bzw. ein Programm zur Gesundung der Staatsfinanzen durchgeführt oder durchführen wollen. Wenn man nun auf verschiedene dieser Länder schaut, die vor kurzem Wahlen durchführten, stellt man fest, dass die sanierungswilligen Regierungen allesamt abgewählt wurden. Heisst dies nun, dass wirtschaftliche Vernunft und Demokratie bzw. Wahlen nicht zusammengehen? Heisst das, dass die Demokratien weniger klug sind als die Wirtschaft? Ich meine, diese Frage kann man schlicht und einfach verneinen. Zum einen waren diese Regierung zum Teil nicht ganz unschuldig an den Entwicklungen; immerhin aber hatten sie die Einsicht zur Umkehr. Man übersieht dabei aber auch, dass sowohl in der Wirtschaft wie auch in der Demokratie wirkliche Änderungen in der Regel eine gewisse Krise voraussetzen. Meistens muss eine entsprechende Krise erst heranreifen, um allgemein die Notwendigkeit zur Änderung bewusst zu machen und um den in der Regel schmerzhaften Änderungsprozess einzuleiten. Dies ist aber im Übrigen nicht nur in der Demokratie so, sondern auch in der Wirtschaft. Zwar gibt es durchaus vorausschauende Unternehmungen, die frühzeitig Anpassungen vornehmen und damit gar nicht erst in Krisen hineinschlittern. Daneben gibt es aber auch viele Unternehmungen, die nach vielen Jahrzehnten erfolgreichen Arbeiten am mangelnden Willen zur Änderung zugrunde gehen. Es sei nur an Kodak erinnert. Andere Unternehmungen wiederum wie Apple treten aus Krisen gestärkt hervor. Die „big players“ in der der Finanzwelt wiederum, welche aus den Krisen gelernt haben sollten, zeigen sich unverbesserlich in ihrem Verhalten und wiederholen ihre Fehler. Gier siegt über Verstand und macht vergesslich. Somit sollte sich die Wirtschaft in der Meinung, sie sei klüger als demokratische Prozesse, einer gewissen Demut bescheiden.

Auch demokratische Staaten sind nämlich durchaus in der Lage, die notwendigen Schritte beizeiten zu tätigen; auch bevor die Krise wirklich ausgeireift ist. Hier kann man bspw die Schweiz heranziehen. Auch diese reagiert nicht immer perfekt und völlig von ökonomischem Sachverstand geleitet. Die Schweiz war aber unter den ersten Staaten, die sich eine verbindliche Selbstverpflichtung hinsichtlich eines ausgeglichenen Staatshaushaltes auferlegt hat. Die Schwierigkeit liegt darin, dass ein Abweichen von der Haushaltsdisziplin sich nicht sofort spürbar für die Bevölkerung niederschlägt. Man „erkauft“ sich in der Politik eben Zeit; meistens ist dies die falsche Entscheidung. Wenn es statt dessen gelingt, darzutun, dass eine relativ kurze Zeit einer Austerität eine lange Phase des Niedergangs oder sogar der Verelendung vermeiden kann, wird man Mehrheiten finden können. Das Volk ist nämlich – anders als man es in frustgetränkten Diskussionen manchmal vorgesetzt erhält – nicht dumm. Die Politik muss es auch wagen, trotz schlechter Meinungsumfragen eine klare Linie zu halten. Demokratie ist eben anstrengend – und alternativlos.

Diese klare Linie durchzusetzen, dürfte für die Eurozone etwas schwieriger werden, weil hier nicht eine Regierung alleine entscheiden kann, sondern es einen europäischen Konsens braucht. Aber auch hier darf man optimistisch sein, dass der wirtschaftliche Zwang und eben die „herangereifte Krise“ das ihre tun werden. Dies wird auch ein Francois Hollande realisieren, wenn die Euphorie über den Wahlsieg abgeklungen ist.

Somit sind Wirtschaft und Demokratie in Wirklichkeit nicht so unterschiedlich, wie man es meinen möchte. Vor allem ist es gefährlich, in einer solchen Phase nach dem „starken Mann“ zu rufen. Es muss eine gemeinsame Überzeugung reifen, dass bestimmte Schritte gesetzt werden müssen. Diese sollten legitimiert und entsprechend abgestützt sein. Vielfach wird gerade in repräsentativen Demokratien wie Deutschland die Meinung vertreten, gravierende und harte Entscheidungen könne man nicht im Rahmen einer direkten Demokratie treffen. Die Schweiz, aber auch andere Staaten mit direkt-demokratischen Elementen, haben schon das Gegenteil bewiesen. Erinnerung sei beispielsweise nur an den Neat-Beschluss, der Investitionen in für die Schweiz unglaublicher Höhe über viele Jahre hinweg beinhaltet – und vom Volk geheissen wurde!

Daher müssen wir wohl warten bis die Krise reift, aber gleichzeitig hoffen, dass es Politiker gibt, die bereit sind, ihre Meinung hinsichtlich der notwendigen Anpassungen frühzeitig zu äussern, auch wenn es nicht gerade opportun scheint. Ob nämlich die jetzt hinein gewählten Regierungen glücklich werden, wenn sie den Leuten erklären müssen, dass man sich die Versprechungen aus dem Wahlkampf nicht leisten kann, darf nämlich dahingestellt bleiben.

Dr. Mario Frick

*Partner in Advocatur Seeger, Frick & Partner AG
Verwaltungsrat in verschiedenen Unternehmungen*